



Bundesministerium  
des Innern



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

An den  
Präsidenten  
des Deutschen Bundestages  
– Parlamentssekretariat –  
Reichstagsgebäude  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 11. Dezember 2009

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. und der Fraktion Die Linke.  
Fortsetzung der Asyl-Rücküberstellungen nach Griechenland trotz Entscheidungen des  
Bundesverfassungsgerichts  
BT-Drucksache 17/72**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort in  
5-facher Ausfertigung.

In Vertretung

Klaus-Dieter Fritsche

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue, U-Bahnhof Turmstraße  
Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE

Fortsetzung der Asyl-Rücküberstellungen nach Griechenland trotz Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BT-Drucksache 17/72

---

Antworten:

Zu 1.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Erfolgsaussicht der Verfassungsbeschwerden offengelassen und sich auf eine Abwägung zwischen den Folgen gestützt, die ohne Erlass der einstweiligen Anordnung entstünden, wenn die Hauptsache für den Antragsteller erfolgreich wäre, und den Folgen für den umgekehrten Fall. Die Beschlüsse enthalten keine Aussagen zur Verfassungsmäßigkeit der die Zulässigkeit der Überstellung nach Griechenland bestätigenden Entscheidungen der Vorinstanzen oder zur geplanten Abschiebung. Insoweit haben die bisherigen Beschlüsse des BVerfG über den Erlass einstweiliger Anordnungen hinaus daher keine rechtlichen Konsequenzen.

Gleichwohl wird die neue Bundesregierung bzw. die zuständigen Behörden die Ausübung des in der Dublin-II-Verordnung vorgesehenen Selbsteintrittsrechts gegenüber Griechenland im Lichte der Beschlüsse des BVerfG in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen.

Zu 2.

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 3.

In den in der Frage angeführten Verfahren vor dem BVerfG (2 BvQ 68/09; 2 BvQ 72/09; 2 BvQ 77/09) gehören die Beschwerdeführer nicht zum Kreis der besonders schutzbedürftigen Personen. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 1 verwiesen.

Zu 4.

Gemäß Artikel 16a Absatz 2 Satz 3 GG können im Falle der Einreise aus einem sicheren Drittstaat aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden. Gemäß Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 GG sind Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sichere Drittstaaten. Diese Vorschriften sind vom BVerfG in seiner Entscheidung vom 14. Mai 1996 (2 BvR 1938/93; 2 BvR 2315/93) grundsätzlich gebilligt worden. Die Regelung des § 34a Absatz 2 des Asylver-

- 2 -

fahrgesetzes (AsylVfG) nimmt den Rechtsgedanken des Artikel 16a Absatz 2 Satz 3 GG auf und widerspricht daher nach Auffassung der Bundesregierung nicht dem Gebot effektiven Rechtsschutzes. Im Übrigen wird auf die Antworten zu Fragen 1 und 16 verwiesen.

Zu 5.

Die Bundesregierung hat die in der Fragestellung aufgeführten Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zur Kenntnis genommen. Die Frage, ob und in welcher Form Asylbewerber, die eine Überstellung nach Griechenland verhindern wollen, gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen sollen oder müssen, muss von jedem Betroffenen für sich beantwortet werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 6.

Die zwischen den beteiligten Ressorts abgestimmte Auffassung der Bundesregierung ergibt sich aus den Antworten auf die Fragen 1 bis 5.

Zu 7.

Weitere Besprechungen zum Thema Dublin-Überstellungen zwischen Bund und Ländern haben nicht stattgefunden. Belastbare und detaillierte Erkenntnisse zum aktuellen Umgang zur Praxis der Abschiebungshaft in den Bundesländern in Dublin-Verfahren mit Griechenland und zur Überstellungspraxis der Bundesländer liegen derzeit nicht vor und sind in der Kürze der Zeit nicht zu erhalten.

Zu 8.

Nein.

Zu 9.

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EMRG) in der Sache „K.R.S. against United Kingdom“ vom 2. Dezember 2008 - 32733/08 ist in deutscher Übersetzung in der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ 2009, Heft 15, Seite 965 ff) veröffentlicht.

Zu 10.

Über die Zahl der einstweiligen Anordnungen nach Artikel 39 der Verfahrensordnung des EGMR hinsichtlich von Abschiebungen in einen bestimmten Staat wird keine Statistik geführt. Die Bundesregierung erhält nur dann von Anordnungen gegen andere Staaten Kenntnis, wenn diese im Rahmen der allgemeinen Informationsarbeit des Gerichtshofs bekannt gemacht werden. Die in der Antwort auf Frage 19 in der BT-Drs 16/11543 vom 5. Januar 2009 enthaltene Angabe beruhte auf den auf diese Weise erhaltenen

Informationen. Hinsichtlich der Entscheidungsgründe wird auf die Antwort zu Frage 19 in der zitierten Bundestagsdrucksache verwiesen.

### Zu 11.

Der Bundesregierung ist keine Begründung für die Vertretung Griechenlands an der Sitzung des Rats der Justiz- und Innenminister am 21. September 2009 bekannt.

### Zu 12.

Es liegen keine Daten aus anderen Mitgliedstaaten vor hinsichtlich Zustimmungen Griechenlands gegenüber anderen Mitgliedstaaten bzw. von Überstellungen/Zustimmungen anderer Mitgliedstaaten an Griechenland. Diese Daten wurden von EUROSTAT bislang nicht veröffentlicht.

### Zu 13.

Eine monatliche Aufschlüsselung findet lediglich in der nachfolgend aufgeführten Form statt. Die aktualisierten Zahlen sind im Anschluss aufgeführt.

Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Gesamt
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

#### Zustimmungen Griechenlands an Deutschland

54	65	43	53	52	52	45	15	39	46	32	36	67	72	76	95	83	94	95	151	90	110	1.465
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	----	-----	-------

Zu dem jeweiligen Monat ergeben sich folgende Sachverhalte

#### Überstellung erfolgt

34	46	26	16	15	17	8	7	9	14	10	7	15	23	21	26	12	11	15	17	5	10	364
----	----	----	----	----	----	---	---	---	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	---	----	-----

#### Sachverhalt für nicht vollzogene Überstellungen nach Griechenland

##### Gescheitert

-	2	2	7	3	4	6	1	2	3	1	4	8	2	7	3	7	11	6	5	-	-	84
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	---	----

##### Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung

-	-	1	3	7	2	2		2	1	2	1	1	3	-	8	9	6	6	12	4	7	77
---	---	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	----

##### Sonstige Gründe

1	1		1	1	2	-	-		-	-	-	-	-	2	4	1	4	3	12	4	2	38
---	---	--	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	----

##### Untergetaucht

9	9	7	5	7	9	13	-	8	5		2	4	7	6	10	8	8	8	4	3	2	134
---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	--	---	---	---	---	----	---	---	---	---	---	---	-----

##### Ohne Angaben

10	7	7	21	19	18	16	7	18	23	19	22	39	37	40	44	46	54	57	101	74	89	768
----	---	---	----	----	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	----	----	-----

Jahr	Dt. Übernahme-Ersuchen an GR	Überstellungen an GR	Ausübung Selbst-eintrittsrechts gegenüber GR
2008	800	222	130
2009 (Stand: 31.10.2009)	1.855	181	560

Zu 14.

Es liegen keine Erkenntnisse vor, wie die Europäische Kommission auf die Beschwerde reagiert und ob sie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einleiten wird. Maßgebliche Verfahrensvorschrift für die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens ist seit 1. Dezember 2009 Artikel 258 der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV [zuvor Artikel 226 EG-Vertrag]).

Zu 15.

Zur Anzahl der Entscheidungen wird auf Anlage 1 verwiesen.

a)

Es gab keine Auswahlkriterien. Es erfolgte, wie in Frage 19 in BT-Drs. 16/14149 vom 22. Oktober 2009 nachgefragt, eine Auflistung der dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dienstlich bekannt gewordenen Entscheidungen. Auswertungen Dritter wurden nicht herangezogen

b)

Es erfolgt keine statistische Erfassung der Rechtsprechung von (Ober-) Verwaltungsgerichten nach der jeweiligen Entscheidungspraxis. Eine entsprechende Bilanz kann deshalb nicht aufgestellt werden. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ab wann (Ober-) Verwaltungsgerichte in der Bundesrepublik Deutschland vom angesprochenen Beschluss des BVerfG Kenntnis genommen haben.

Zu 16.

Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, dass Griechenland ein sicherer Drittstaat im Sinne von Artikel 16a Absatz 2 GG ist (vgl. Antwort zu Frage 5 in BT-Drs. 16/14149).

Zu 17.

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zu 18.

Die Zuständigkeit zur Behandlung eines Asylantrages durch einen Mitgliedstaat entsteht im Zeitpunkt der Asylantragstellung gem. Artikel 5 Absatz 2 der Dublin-Verordnung (EG 343/2003 vom 18. Februar 2003). Dieser Absatz lautet:

*„Bei der Bestimmung des nach diesen Kriterien zuständigen Mitgliedstaats wird von der Situation ausgegangen, die zu dem Zeitpunkt gegeben ist, zu dem der Asylbewerber seinen Antrag zum ersten Mal im Mitgliedstaat stellt.“*

Die Rücknahme des Asylantrages beseitigt dessen konstitutive Wirkung für die Zuständigkeitsbestimmung nach der Dublin-Verordnung nicht. Damit sind eine Fortsetzung des Dublinverfahrens sowie eine Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat möglich.

Zu 19.

In der Studie „Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand“ wird im Wesentlichen gefordert, die Drittstaatenregelung in Artikel 16a GG sowie die Vorschriften des AsylVfG zur Überstellung in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu ändern. Die hierfür vorgebrachten Argumente vermögen jedoch nicht zu überzeugen, daher sind insoweit auch keine weiteren Schritte angezeigt. Im Einzelnen:

a)

Die deutsche Drittstaatenregelung verstößt weder gegen Europarecht noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat das Dublin-Verfahren nicht beanstandet. Er hat mit Entscheidung vom 2. Dezember 2008 (32733/08, vgl. Antwort zu Frage 9) die Überstellung eines iranischen Asylbewerbers nach Griechenland im Rahmen des Dublin-Verfahrens für zulässig erklärt. Er hat dabei zunächst seine Rechtsprechung bestätigt, dass sich aus Artikel 3 EMRK ein Abschiebungsverbot ergeben könne, das auch im Verhältnis der Vertragsstaaten untereinander zu beachten sei. Dazu sei es erforderlich, dass es stichhaltige Gründe (*substantial grounds*) für die Annahme gebe, dass der Betroffene im Falle seiner Abschiebung tatsächlich Gefahr (*real risk*) laufe, einer Artikel 3 EMRK widersprechenden Behandlung unterworfen zu werden. Das Gericht hat ferner betont, dass bei einer drohenden Verletzung von Artikel 3 EMRK aus Artikel 13 EMRK das Gebot effektiven Rechtsschutzes abzuleiten sei und dazu auch ein automatischer Suspensiveffekt (*automatic suspensive effect*) gehöre.

Im konkreten Fall sah das Gericht das Vereinigte Königreich nicht daran gehindert, den Betroffenen nach Griechenland abzuschicken. Dass die Behandlung in Griechenland

selbst gegen Artikel 3 EMRK verstoßen könnte, hat das Gericht nicht näher in Betracht gezogen. Auch die Gefahr einer Kettenabschiebung von Griechenland in den Iran hat das Gericht verneint. Maßgeblich hierfür sei, dass Griechenland keine Abschiebungen in den Iran vornehme, dass bei einer Änderung dieser Praxis effektiver gerichtlicher Rechtsschutz in Griechenland zur Verfügung stehe und dass gegen Entscheidungen der griechischen Behörden und Gerichten der EGMR angerufen werden könne. Ferner hat das Gericht darauf hingewiesen, dass die Dublin-Verordnung als weitere Sicherung ein Selbsteintrittsrecht des danach nicht zuständigen Mitgliedstaats vorsieht.

b)

Der Rechtsschutz ist bei der Anwendung der Dublin-Verordnung nicht ausgeschlossen, sondern lediglich die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gegen Überstellungsentscheidungen entspricht den europarechtlichen Vorgaben, denn nach Artikel 19 Absatz 2 Satz 4 der Dublin-Verordnung hat ein Rechtsbehelf gegen Überstellungsentscheidungen grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung. Zwar kann das innerstaatliche Recht etwas anders vorsehen, von dieser Möglichkeit hat die Bundesrepublik Deutschland jedoch keinen Gebrauch gemacht.

c)

Auf die Antwort der Bundesregierung in der BT-Drs. 16/10469 vom 7. Oktober 20087 zu den Fragen 141, 142 der Großen Anfrage der Fraktion der FDP „Achtung der Grundrechte“ wird verwiesen.

Zu 20.

Eine abschließende Bestandsaufnahme der Kommission zu ihrem Projekt zur Aufnahme von schutzbedürftigen Personen aus Malta liegt noch nicht vor. Nach derzeitigen Erkenntnissen haben acht Mitgliedstaaten ihre Teilnahme an dem Pilotprojekt zugesagt bzw. angekündigt:

Frankreich: 80 Erwachsene und ca. 20 Kinder

Portugal: 6 Personen

Rumänien: 7 Personen

Luxemburg: 6 Personen

Großbritannien: 10 Personen

Slowenien: 10 Personen

Slowakei: 10 Personen

voraussichtlich auch Polen: 6 Personen.

a)

Deutschland hat sich zur Aufnahme von 100 Personen im Rahmen des Pilotprojekts bereit erklärt.

b)

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, zum Stand der Umsetzung des noch laufenden Pilotprojekts der EU-Kommission zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Malta Stellung zu nehmen.

c)

Malta hat sich im Besonderen für eine Verstärkung der Solidarität innerhalb der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten ausgesprochen.



Anlage 1

	Stattgabe		Ablehnung
1	VG Gießen, Beschluss v. 25.04.2008, 2 L 201/08 GI.A +4270		VG Gießen, 17.07.2008, 10m L 1498/08 GLA
2	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 08.08.2008, 6 B 41/08		VG Ansbach, Teilurteil v. 30.10.2009, AN 3 K 08.30139
3	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 19.03.2009, 6 B 18/0		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 14.01.2008, 7 G 3911/07.A(3)
4	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 08.07.2008, 6 B 30/08		VG Augsburg, Beschluss v. 25.03.2008, Au 5 E 08.30050
5	VG Magdeburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1859/09 F.A.		VG Münster, Beschluss v. 22.08.2008, 2 L 455/08.A
6	VG Weimar, Beschluss v. 24.07.2008, 5 E 20094/98 We		VG Koblenz, Urteil v. 09.07.2008, 1 K 353/08.KO
7	VG Ansbach, Beschluss v. 22.07.2008, AN 3 E 08.30292		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 22.02.2008, 12 L 483/08.F.A.
8	VG Karlsruhe, Beschluss v. 23.06.2008, A 3 K 1412/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 18.06.2008, 2 L 1532/08.F.A.(V)
9	VG Hamburg, Beschluss v. 22.08.2008, 8 AE 356/08		VG Regensburg, Beschluss v. 28.10.2009, RO 3 E 08.30124
10	VG Hamburg, Beschluss v. 08.06.2009, 8 AE 368/08		VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, AN 19 E 08.30350
11	VG Würzburg, Urteil v. 12.08.2008, W 4 E 08.30114		VG Saarlouis, Beschluss v. 17.09.2008, 5 L 902/08
12	VG Würzburg, Urteil v. 10.03.2009, W 4 K 08.30.122		VG Berlin, Beschluss v. 23.07.2008, 9 X47.08
13	VG Minden, Beschluss v. 14.08.2008, 1 L 408/08.A		VG Regensburg, Beschluss v. 01.10.2008, RO 8 E 08.30132
14	VG Karlsruhe, Beschluss v. 12.08.2008, A 3 K 1995/08		VG Minden, Beschluss v. 22.09.2008, 10 L 419/08.A
15	VG Karlsruhe, Beschluss v. 021.10.2009, A 3 K 2333/08		VG München, Beschluss v. 01.10.2008, M 12 SB 08.60064
16	VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452.09.A		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 13.10.2008, 12 B 58/08
17	VG Saarlouis, Beschluss v. 15.10.2009, 2 L 446/08		VG München, Beschluss v. 19.09.2008, M 16 E 08.60053

	Stattgabe		Ablehnung
18	VG Stuttgart, Beschluss v. 12.09.2008, A 13 K 2809/08		VG München, Beschluss v. 19.09.2008, M 16 E 08.60052
19	VG Ansbach, Beschluss v. 23.08.2008, AN 14 E 08.30321		VG Leipzig, Beschluss v. 16.01.2009, A 6 L 1539/08
20	VG Stuttgart, Beschluss v. 12.09.2008, A 13 K 2693/08		VG München, Beschluss v. 15.10.2008, M 3 E 08.60059
21	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Düsseldorf, Beschluss v. 24.10.2008, 16 L 1654/08.A
22	VG Düsseldorf, Beschluss v. 06.11.2008, 13 L 1645/08.A		VG Oldenburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1869/09.F.A.
23	VG Stuttgart, Beschluss v. 06.10.2008, A 13 K 3039/08		VG Cottbus, Beschluss v. 04.11.2008, 6 L 296/08.A
24	VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.11.2009, 16 L 1517/08.A		VG Cottbus, Beschluss v. 04.11.2008, 6 L 295/08.A
25	VG Saarlouis, Beschluss v. 21.10.2008, 2 L 1558/08		VG Würzburg, Beschluss v. 30.10.2009, W 4 E 08.30.121
26	VG Oldenburg, Beschluss v. 08.05.2008, 3 B 801/08		VG Arnsberg, Beschluss v. 10.11.2008, 11 L 783/08.A
27	VG Würzburg, Beschluss v. 07.11.2008, W 6 E 08.30165		VG Würzburg,, Beschluss v. 10.11.2008, W 4 E 08.30.145
28	VG Neustadt/Weinstraße, Beschluss v. 24.1.2008, 5 L 1167/08 NW		VG Ansbach, Beschluss v. 10.11.2008, AN 19 E 08.30406
29	VG Osnabrück, Beschluss v. 28.10.2009, 5 B 124/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 02.12.2008, 4 L 3969/08.F.A.
30	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 06.10.2008, 6 B 60/08		VG Osnabrück, Beschluss v. 27.11.2008, 5 B 123/08
31	VG Karlsruhe, Beschluss v. 01.10.2009, A 10m 758/09		VG Augsburg, Beschluss v. 02.10.2009, Au 5 E 08.30069
32	VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3S09.30011		VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 02.03.2009, 6 A 200/08
33	VG Ansbach, Urteil v. 16.04.2009, AN 3 k 09.30012		VG Frankfurt/Main, Urteil v. 15.10.2009, 12 K 727/08.F.A.
34	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 08.08.2008, 6 B 41/08		Hess. VGH, Beschluss v. 22.01.2009, 10 A 8/09.Z.A.
35	VG Würzburg, Urteil v. 09.11.2009, W 4 E 08.30198		VG Ansbach, Beschluss v. 18.11.2008, AN 19 K 08.30145

- 10 -

	Stattgabe		Ablehnung
36	VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09		VG Gießen, Beschluss v. 15.07.2008, 10 L 1497/08:GI.A
37	VG Mainz, Beschluss v. 18.12.2008, 4 L 1066/08,MZ		VG Karlsruhe, Beschluss v. 08.12.2008, A 10 3743/08
38	VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09		VG Ansbach, Beschluss v. 10.12.2008, AN 3 E 08.30436
39	VG Weimar, Beschluss v. 11.02.2009, 5 E 20002/09/We		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 11.12.2008, W 4 E 08.30187
40	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20144/09		VG München, Beschluss v. 19.21.2008, M 22 S 06.60078
41	VG Meiningen, Beschluss v. 17.02.2009, 5 E 20008/09/Me		VG Köln, Beschluss v. 19.11.2009, 18 L 502/08.A
42	VG Neustadt, Beschluss v. 12.02.2009, 3 L 101/09 NW		VG Karlsruhe, Beschluss v. 06.12.2008, A 10 K 3898/08VG Stuttgart, Beschluss v. 10.06.2009, A 4 K 4256/08
43	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 18.02.2009, 7 L 268/09.F.A.		VG München, Beschluss v. 13.01.2009, M 23 E 09.60000
44	VG Münster, Beschluss v. 06.10.2009, 9 L 506/09.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 02.02.2009, 2 L 65/09
45	VG Düsseldorf, Beschluss v. 0.11.2008, 13 L 1645/08.A		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 300/09
46	VG Stuttgart, Beschluss v. 16.10.2008, A 6 K 3489/08		VG Arnberg, Beschluss v. 20.01.2009, 13 L 857/08.A
47	VGH Baden-Württemberg, Be- schluss v. 01.10.2009, A 2 S 2867/08		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 06.02.2009, 7 L 4072/06.02.2009, 7 L 4072/08.F.A.
48	VG Kassel, Beschluss v. 02.04.2009, 3 L 300/09VG Kas- sel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 02.202.2009, 2 L 65/09
49	VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 908/09		VG Meiningen, Beschluss v. 16.04.2009, 5 E 20037/09 Me
50	VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3911/09		VG Berlin, Beschluss v. 01.10.2009, 34 L 57.09 A
51	VG Düsseldorf, Beschluss v. 09.04.2009, 18 L 494/09.A		VG Kassel, Beschluss v. 19.02.2009, 3 L 86/09 KS.A
52	VG Oldenburg, Urteil v. 13.03.2009, 3 A 285/09		VG Würzburg, Beschluss v. 19.02.2009, W 4 E 09.30019

	Stattgabe		Ablehnung
53	VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 13 K 1503/09		VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 34 L 57.09 A
54	VG Wiesbaden, Beschluss v. 26.05.2009, 7 L 658/09.WI.A		VG Ansbach, Beschluss v. 26.02.2009, AN 19 E 09.30051
55	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 26.05.2009, 7 L 1399/09.A.		VG Münster, Beschluss v. 04.03.2009, 9 L 77/09.A
56	VG Wiesbaden v. 15.06.2009, 7 L 709/09.WI.A.		VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 6 L 1555/09.A
57	VG Gießen, Beschluss v. 22.04.2009, 1 L 775/09.GI.A		VG Gießen, Beschluss v. 09.03.2009, 10 L 251/09.GI.A
58	VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3 S 09.30011		VG Düsseldorf., Beschluss v. 05.03.2009, 16 L 151/09.A
59	VG Ansbach, Beschluss v. 22.07.2008, AN 3 E 08.30292		OVG Münster, Beschluss v. 02.12.2008, 15 B 1730/08.A
60	Vg Schwerin; Beschluss v. 01.10.2009, 5 B 293/09 As		VG Ansbach, Beschluss v. 03.04.2009, 19 S 09.30074
61	VG Wiesbaden, Beschluss v. 15.06.2009, 7 L 709/WI.A.		VG Leipzig, Beschluss v. 16.03.2009, A 6 L 50/09
62	VG Düsseldorf, Beschluss v. 29.06.2009, 21 L 972/09.A		VG Kassel, Beschluss v. 11.03.2009, 3 L 246/09 KS.A.
63	VG Meiningen, Beschluss v. 29.06.2009, 5 E 20077/09 Me		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 20.02.2009, 12 L 218/08.F.A.(1)
64	VG Minden, Beschluss v. 29.06.2009, 9 L 320/09.A		VG Trier, Beschluss 24.04.2009; 2 L 154/09
65	VG Minden, Beschluss v. 02.07.2009, 9 L 346/09 A		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09
66	VG Minden, Beschluss v. 03.07.2009; 9 L 358/09.A		VG Kassel, Beschluss v. 02.04.2009, 3 L 300/09VG Kassel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A
67	VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 579/09		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 07.04.2009, 12 B 15/09
68	VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 358/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN 2 S 09.30102
69	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/09.F.A.		VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN 2 E 09.30107
70	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.07.209, 12 L 1684/09 F.A.		VG Kassel, Beschluss v. 07.04.2009, 3 L 368/09.KS.

- 12 -

	Stattgabe		Ablehnung
71	VG Freiburg, Beschluss v. 26.06.2009, A 2 K 710/09		VG Minden, Beschluss v. 23.04.2009, 1 L 192/09.A
72	VG Schleswig, Beschluss v. 17.07.2009, 6 B 25/09		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09
73	VG Schwerin, Beschluss v. 11.06.2009, 8 B 279/09 As		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 286/09
74	VG Düsseldorf, Beschluss v. 28.10.2009, 18 L 1084/09		VG München, Beschluss v. 30.10.2009, M 4 E 09.60021
75	VG Braunschweig, Beschluss v. 27.10.2009, 2 B 244/09		VG Stuttgart, Beschluss v. 19.05.2009, A 2 K 1443/09
76	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 28.07.2009, GR 12 L 2004/09.F.A.		VG Stuttgart, Beschluss v. 12.05.2009, A 2 K 1282/09
77	VG Meiningen, Beschluss v. 22.07.2009, 8 E 2082/09 Me		VG Gießen, Beschluss v. 22.05.2009, 10 L 1149/09.Gi.A.
78	VG Mainz, Beschluss v. 01.10.2009, 4 L 649/09 MZ		VG Stuttgart, Beschluss v. 28.10.2009, A 4 K 2073/09
79	VG Darmstadt, Beschluss v. 09.11.2009, A 7 K 3732/09		VG Oldenburg, Beschluss v. 28.05.2009, 3 B 1148/09
80	VG Neustadt, Beschluss v. 10.08.2009, 3 L 728/09.NW		VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, 19 S 09.30136
81	VG Karlsruhe, Beschluss v. 18.08.2009, A 3 K 1581/09		VG Saarlouis, Beschluss v. 19.05.2009, 2 L 46/09
82	VG Minden, Beschluss v. 18.08.2009, 9 L 436/09.A		VG Arnberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A.
83	VG Minden, Beschluss v. 17.08.209, 9 L 381/09.A		VG Berlin, Beschluss v. 15.10.2009, VG 23 L 154.09A
84	VG Minden, Beschluss v. 21.08.2009, 9 L 447/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3E09.0019
85	VG Gießen, Beschluss v. 28.08.2009, 2 L 1714/09.GI.A		VG Koblenz, Beschluss v. 13.07.2009, 7 L 697/09 KO
86	VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 9 L 467/09.A		VG Koblenz, Beschluss v. 29.06.2009, 1 L 658/09.KO
87	VG Freiburg, Beschluss v. 26.08.2009, A 5 K 1411/09		VG Oldenburg, Beschluss v. 08.07.2009, 3 B 1574/09
88	VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 474(09.A		VG Trier, Beschluss v. 13.07.2009, 2 L 391/09 TR

- 13 -

	Stattgabe		Ablehnung
89	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 02.09.2009, 7 L 2178/09FA 1		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 12 L 1683/09.F.A.
90	VG Würzburg, Beschluss v. 27.08.2009, W 4 E 09.30167		VG Berlin, Beschluss v. 04.08.2009, VG 23 L 170.09
91	VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 7 L 482/09.A		VG Minden, Beschluss v. 02.07.2009, 1 K 514/09.A
92	VG Saarlouis, Beschluss v. 15.09.2009, 2 L 840/09		OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 31.08.2009, 9 B 1198/09.A
93	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/09.A		VG Stade, Beschluss v. 02.10.2009, 6 B 690/09
94	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 7 L 2465/09.A/1		VG Stade, Urteil v. 06.-07.2009, 6 A 691/09
95	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.05.2009, 6 B 36/09		VG Münster, Beschluss v. 26.06.2009, 2 L 275/09.A
96	VG Minden, Beschluss v. 18.09.2009, 9 L 520/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 15.10.2009, AN 9 E 09.30133
97	VG Köln, Beschluss v. 17.09.2009, 21 L 1415/09.A		VG Braunschweig, Beschluss v. 23.07.2009, 2 B 160/09
98	VG Köln, Beschluss v. 14.09.2009, 18 L 1414/09.A		VG Stuttgart, Beschluss v. 30.07.2009, A 2 K 2432/09
99	VG Minden, Beschluss v. 21.09.2009, 9 L 526/09.A		VG Gießen, Beschluss v. 31.07.2009, 10 L 1857/09 GI.A.
100	VG Minden, Beschluss v. 01.10.2009, 7 L 525/09.A		VG München, Beschluss v. 24.09.2009, M 23 E 09.60064
101	VG Minden, Beschluss v. 24.09.2009, 1 L 534/09.A		VG Minden, Beschluss v. 12.08.2009, 10 L 396/09.A
102	VG Minden, Beschluss v. 28.10.2009, 10 L 532/09.A		VG Trier, Beschluss v.- 11.08.2009, 2 L 456/09.TR
103	VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 10 L 515/09.A		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 17.08.2009, 3 L 2145/09.F.A(2)
104	VG Minden, Beschluss v. 01.10.2009, 9 L 562/09.A		VG Münster, Beschluss v. 18.08.2009, 10 L 411/09.A
105	VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 3 L 557/09.A		VG Cottbus, Beschluss v. 17.08.2009, 7 L 253/09.A
106	VG Trier, Beschluss v. 29.09.2009, 2 L 530/09.TR		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 2 L 2292/09.FA1A

- 14 -

	Stattgabe		Ablehnung
107	VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452/09A		VG Minden, Beschluss v. 07.09.2009, 9 L 486/09.A
108	VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Arnberg, Beschluss v., 09.09.2009, 13 L 531/09.A
109	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 05.11.2009, 12 B72/09		VG München, Beschluss v. 24.09.2009, M 23 E 09.60064
110	VG Frankfurt/Main, Urteil v. 08.07.2009, 7 K 4376/07.F.A.(3)		VG Saarlouis, Beschluss v. 28.09.2009, 5 L 941/09
111	OVG Nordrhein-Westfalen, Be- schluss v. 07.10.2009, 8 B 1433/09.A		VG Saarlouis, Beschluss v. 15.10.2009, 5 L 1346/09
112	BVerfG, Beschluss v. 09.10.2009, 2 BvQ 72/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 3 L 2155/09.F.A.
113	VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.10.2009, 3 L 2788/09.F.A.(V)
114	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.10.2009, 5 L 2916/09.F.A.(V)		VG Arnberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A
115	VG Minden, Beschluss v. 13.10.2009, 10 L 579/09.A		VG Leipzig, Beschluss v. 20.11.2009, A 6 L 344/09
116	VG Minden, Beschluss v. 12.10.2009, 9 L 577/09.A		VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 6 L 1544/09.A
117	VG Minden, Beschluss v. 19.10.2009, 7 L 586/09.A		VG Düsseldorf, Beschluss v. 02.11.2009, 13 L 1570/09.A
118	VG Düsseldorf, Beschluss v. 14.10.2009, 18 L 1542/09.A		VG Ansbach, Beschluss v. 30.09.2009, AN 19 E 09.30330
119	VG Regensburg, Beschluss v. 20.10.2009, RN 4 E 09.30220		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 09.10.2009, § L 238/09.F.A.(1)
120	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 21.10.2009, 7 B 31/09		VG Ansbach, Beschluss v. 08.10.2009, AN 14 E 09.30329
121	VG Berlin, Beschluss v. 22.10.2009, VG 33b L 225.09A		VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 2 K 1205/09
122	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 23.10.2009, 7 B 30/09		VG Arnberg, Beschluss v. 05.11.2009, 7 L 652/09.A
123	VG Schleswig-Holstein, Be- schluss v. 28.10.2009, 12 B 76/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 21.10.2009, 3 L 2936/09.F.A.(1)
124	VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 09.30234		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 09.10.2009, 3 L 2381/09.F.A.(1)

	Stattgabe		Ablehnung
125	VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 09.30235		VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 286/09
126	VG Chemnitz, Beschluss v. 29.10.2009, A 4 L 1666/09		VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 12.11.2009, 6 B 42/09
127	VG Berlin, Beschluss v. 23.11.2009, VG 23 L 277.09A		VG Braunschweig, Beschluss v. 01.10.2008, 2 B 208/08
128	VG Saarlouis, Beschluss v. 27.10.2009, 2 L1443/09		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 01.12.2008, 4 L 3965/08.F.A.
129	VG Chemnitz, Beschluss v. 02.11.2009, A 2 L 343/09		VG Cottbus, Beschluss v. 05.01.2009, 7 L 373/08.A
130	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20139/09 We		VG München, Beschluss v. 18.10.2009, M 17 E 09.60008
131	VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20138/09 We		VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.06.2009, 2 L 458/09.F.A.(2)
132	VG Minden, Beschluss v. 02.11.2009, 9 L 617/09.A		VG Minden, Beschluss v. 01.09.2009, 1 L 463/09.A
133	VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 07.10.2009, 12 B 72/09		VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 16 L 1555/09.A
134	VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3919/09		
135	VG Minden, Beschluss v. 04.11.2009, 9 L 626/09.A		
136	VG Schwerin, Beschluss v. 23.06.2009, 5 B 293/09 As		
137	VG Minden, Beschluss v. 04.11.2009, 9 L 627/09.A		
138	VG Berlin, Beschluss v. 09.11.2009, VG 23 L 284/09A		
139	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2837/09		
140	VG Sigmaringen, Beschluss v. 27.10.2009, A 1 K 1758/09		
141	VG Berlin, Beschluss v. 10.11.2009, VG 23 L 279.09A		
142	VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.11.2009, 5 L 3691/09.F.A.(1)		
143	VG Minden, Beschluss v. 19.11.2009, 10 L 640/09.A		



- 16 -

	Stattgabe		Ablehnung
144	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2947/09		
145	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 80/09		
146	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 82/09		
147	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 81/09		
148	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 78/09		
149	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 79/09		
150	VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 83/09		
151	BVerfG, Beschluss v. 13.11.2009, 2 BvR 2603/09		
152	VG Hannover, Beschluss v. 20.11.2009, 7 B 5716/09		
153	OVG Niedersachsen, Beschluss v. 19.11.2009, 13 MC 166/09		
154	VG Minden, Beschluss v. 16.11.2009, 1 L 644/09.A		
155	VG Oldenburg, Beschluss v. 12.11.2009, 3 B 2496/09		
156	VG Düsseldorf, Beschluss v. 20.11.2009, 2 L 1770/09.A		
157	VG Koblenz, Beschluss v. 20.11.2009, 2 L 1240/09.KO		
158	VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 A 2836/09		
159	BVerfG, Beschluss v. 05.11.2009, 2 BvQ 77/09,		

- 17 -

	Stattgabe		Ablehnung
160	BVerfG, Beschluss v. 23.09.2009, 2 BvQ 68/09		
161	BVerfG, Beschluss v. 08.09.2009, 2 BvQ 56/09		